67. Jahrgang Nr. 278

Berliner

Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 22. Juni 1919

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt **40 Pf. wöchentl.** oder **M. 1,75 monatl.** Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1,75 u. vierteljährlich M. 5,25. **Insertionspreis** die Zeile M. 1,– mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1,– mit 40% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW, Jerusalemer Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 286, Frankf. Allee 346, Gr. Frankf. Str. 101, Greifsw. Str. 197, Schönh. Allee 144, Schiffbauerd. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Rathenow. Str. 3, Turmstr. 61, Potsd. Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str 23; Spandau: Breite Str 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das neue Reichsministerium.

Das Kabinett der Unterzeichnung.

Weimar, 21. Juni.

Das neue Reichsministerium setzt sich, wie folgt, zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Bauer,
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller,
Inneres: Dr. David,
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger,
Reichswirtschaftsminister: Wissell,
Reichsarbeitsminister: Schlicke,
Reichsschatzminister: Mayer (Kaufbeuren),
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts: Bell,
Reichswehrminister: Noske,
Reichsernährungsminister: Schmidt,
Reichsjustizminister: bleibt offen.

Das Reichsjustizministerium wird kommissarisch vom Unterstaatssekretär Delbrück verwaltet werden. Es wird versucht, Landsberg über kurz oder lang für das Amt wiederzugewinnen.

Notiz des W. T. B.: Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Weimar, 21 Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Durch die Bildung des neuen Kabinetts, das ein Ministerium der Unterzeichnung des Friedensvertrages genannt werden muß, ist die Friedenstragödie zu einem formellen Abschluß gelangt. Der Schandfrieden wird unterzeichnet werden. Niemand kann den Männern, die sich für seine Annahme aussprechen werden, einen Vorwurf machen. Sie handeln nach sorgfältigster Abwägung des Für und Wider aus ihrer innersten Ueberzeugung heraus. Aber jenen Leuten, die diese unentrinnbare Sackgasse schufen, wird nach der formellen Abwicklung der Unterzeichnung ein Kampf blühen, dem sie nicht werden widerstehen können. Viel Schuld trifft allerdings auch die Parteien, die ein unbedingtes Ja nicht voreilig genug in die Welt rufen konnten. Wenige Stunden, nachdem die Mehrheit für Annahme des Friedens bekannt war, las man in den Zeitungen Weimars die Meldung des amtlichen amerikanischen Pressebureaus, wonach der Oberst House erklärt, daß man aus dem Ultimatum keinesfalls schließen könne, daß die Verhandlungen abgebrochen würden; man erwarte von Deutschland eine befriedigende Antwort, die gegebenenfalls Anlaß zu weiteren Verhandlungen böte. Der Ruf dieses Vertreters Wilsons kam zu spät. Herr Erzberger hatte die eigene und die mehrheitssozialdemokratische Fraktion bereits für ein unbedingtes Ja breitgeschlagen. Wieder steht man einmal vor einem Trümmerhaufen, diesmal aber vor einem, der das Vaterland bedeutet. Morgen mittag wird das neue Kabinett sich der Nationalversammlung vorstellen. Ein Antrag wird die Unterzeichnung des Friedensvertrages befürworten und für das Ministerium Bauer das Vertrauen fordern. Für den ersten Teil des Antrages werden die beiden sozialdemokratischen Parteien, das Zentrum und einige Demokraten stimmen; das Vertrauen zu dem neuen Kabinett wird sich auf die Mehrheitssozialdemokratie und das Zentrum beschränken.

Herr Erzberger hat kein Mittel unversucht gelassen, um die Demokraten im Kabinett zu halten; er bat, Herrn Dernburg als Fachminister und Dr. Preuß wenigstens bis zur Verabschiedung der Verfassung im Amte zu belassen. Jede Form der Erpressung wurde versucht; man drohte sogar damit, überhaupt kein Kabinett zu bilden. Aber die Demokraten blieben fest, und so wurde die Demokratie vor einer Charakterschwäche bewahrt. Auch diejenigen Demokraten, die den Vertrag annehmen werden, billigten einmütig das Fernbleiben der Partei von dem Ministerium Bauer—Erzberger.

Das neue Kabinett zeigt nun eine Zusammensetzung von acht Sozialisten und vier Zentrumsleuten. Der Ministerpräsident Bauer ist ein tüchtiger und erprobter Gewerkschaftsmann, und er würde gewiß in normalen Zeiten ein Ministerpräsident sein, nicht schlechter, als wie wir sie bei dem parlamentarischen Regiment in Zukunft manchmal haben werden. In diesen Zeiten, wo die Größe der Ereignisse auch nach Staatsmännern von Format steigt, muß Herr Bauer hinter den Erwartungen zurückbleiben. Bitter notwendig wäre ihm vor allem ein routinierter Minister des Auswärtigen. Hermann Müller ist einer der bravsten Menschen, aber seine Eignung zum Außenminister hat er bisher nur dadurch erbracht, daß er an internationalen Sozialistenkonferenzen und -Kongressen teilnahm. Wie soll er den Aufgaben gewachsen sein, die gerade jetzt hereinstürmen werden, wo wir außenpolitisch wieder in Beziehungen zu den übrigen Ländern treten müssen? Er wird ein Spielball in den Händen der Geheimräte und Dezernenten sein, und unmöglich wird er die dringend notwendige Reform des diplomatischen Dienstes in der Weise vornehmen können, wie das erforderlich ist. Graf Bernstorff wäre gern dem Rufe gefolgt, die unangenehme Bürde des Amtes zu übernehmen; da er sich aber als Demokrat fühlt und sei tdem 9. November nicht mehr Beamter ist, konnte er sich nicht bewogen fühlen, als Fachminister in die schwarz-rote Kombination einzutreten. Herr Erzberger hat den stellvertretenden Vorsitz und die Finanzen übernommen. Dieses Kabinett wird sein Kabinett sein. Er ist Triumphator und Diktator. Er wird zwar nur mit Lächeln und immer wieder mit Lächeln seines Amtes walten, und das Häuschen der Mehrheitssozialisten wird den Teufel nicht spüren, auch wenn er es am Kragen hält.

Ungeheure wirtschaftliche und finanzielle Probleme rollt die Durchführung des Friedensvertrages auf. Herr Clemenceau wird ja fein säuberlich mit dem Sklaven Mathias verfahren, weil er niemanden anders kennt, der sein Friedensmachwerk apportieren möchte. Aber mit Erzbergerischem Finanzdilettantismus und Wissellscher gebundener Planwirtschaft läßt sich der Friedensvertrag sicher nicht durchführen. Dann aber wird ein Kabinett der Friedensdurchführung das Kabinett der Unterzeichnung ablösen, und hoffentlich kommt man dann endlich einmal zu einem Ministerium der neuen Männer, die mit geistiger Elastizität und modernen Ideen an den Neuaufbau Deutschlands herantreten. Diese Männer fehlen dem Kabinett fast gänzlich. Der einzige ist der Arbeitsminister Schlicke, der auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik ein trefflicher Fachmann ist. Ursprünglich war für dieses Amt der ideenreiche Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer vorgesehen; aber fast möchte man sagen, daß er für dieses Kabinett zu schade gewesen wäre. Herr Mayer-Kaufbeuren, der Nachfolger Gotheins im Reichsschatzministerium, ist eine Wirtschaftsautorität, aber er gehört zu den alten Reichstagsabgeordneten, und seine Stärke liegt mehr auf dem Gebiete des Wissens als des Könnens. Dr. David, der beste Kopf im neuen Ministerium, wird das Reichsministerium des Innern übernehmen. Dr. Preuß wird es leid tun, das Verfassungswerk nicht noch zu Ende bringen zu können, aber bis vor den sicheren Hafen hat er es gesteuert und seine Schuld wird es nicht sein, wenn es mit einigen Konfusionen endgültig einläuft. Die Nationalversammlung will das Verfassungswerk noch in dieser Woche zum Abschluß bringen, und es wird für Dr. David, der den Beratungen des Verfassungsausschusses fern stand, nicht leicht sein, sich auch nur einigermaßen einzuarbeiten.

Herrn Noske hat Erzberger als Wehrminister zu erhalten gewußt. Es muß sich zeigen, ob Noskes Reisige die steile Höhe sichern, wo Erzberger steht. Geblieben ist auch Robert Schmidt als Ernährungsminister, und Herrn Bell hat man als Mädchen für alles und Minister ohne Portefeuille im Kabinett gelassen. Morgen, Sonntag mittag 12 Uhr, wenn die Sonne im Zenit steht, wird auch Erzbergers Ruhm vom Gipfel erstrahlen. Die deutsche Nationalversammlung wird den schmachvollsten Frieden aller Zeit gutheißen, aber weder die Sonne, noch Herrn Erzbergers ewig lächelndes Gesicht werden sich verfinstern. Für das deutsche Volk aber wird es ein schwarzer und nicht nur ein schwarzroter Tag sein.

*

Weimar, 21. Juni.

Die um sechs Uhr anberaumte, stark besuchte Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, an der auch Mitglieder des Staatenausschusses teilnahmen, wurde nach dreiviertelstündiger Dauer abgebrochen. Nach Bekanntgabe von Telegrammen für und gegen die Annahme des Friedensvertrages, darunter ein Telegramm der Berliner Staatsrechtslehrer für bedingte Annahme, teilte Reichsminister Erzberger im Auftrage des Ministerpräsidenten Bauer die Ministerliste mit. Auf Anfrage erklärte sowohl Reichsminister Müller wie Reichsminister Erzberger die Bereitwilligkeit, heute abend den Mitgliedern des Friedensausschusses vertrauliche Mitteilungen über die allgemeine Lage zu machen. Die Sitzung findet im Schloß statt.

Das Plenum der Nationalversammlung tritt Sonntag um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um zu der Friedensfrage Stellung zu nehmen. Nach den bisherigen Plänen wird die Nationalversammlung bis zum Freitag, 27. Juni, **zusammenbleiben, um die Verfassungsvorlage und kleinere** Vorlagen zu erledigen. Dann soll eine Pause bis zum Dienstag, 1. Juli, eintreten. Man hofft, die erste Lesung der Steuergesetze und andere Vorlagen bis zum 15. Juli erledigen zu können. Die Ausschußberatungen über die Steuervorlagen werden dann voraussichtlich in Berlin stattfinden.

Antrag auf Fristverlängerung.

Weimar, 21. Juni.

Das Kabinett wird sich Sonntag nachmittag um drei Uhr der Nationalversammlung vorstellen und seinen Entschluß erklären, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Diese Entschließung wird auch den alliierten und assoziierten Mächten gleichzeitig mit dem Ersuchen übermittelt, den Termin für die Unterzeichnung hinauszuschieben. Das ist notwendig, weil, gleichgültig von wem die Unterzeichnung erfolgt, ob von einer besonderen Abordnung oder von den Beamten des Auswärtigen Amts, in Versailles neue Vollmachten notwendig sind. Ueber den Modus der Unterzeichnung ist sich das Kabinett noch nicht schlüssig geworden.

Das Unannehmbar der Deutschen demokratischen Partei.

Weimar, 21. Juni. (Privat.)

Die Fraktion der demokratischen Partei hat einmütig folgende Erklärung beschlossen:

„Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hält den uns angesonnenen Gewaltfrieden für das größte Unglück, das unser Vaterland treffen konnte. Sie ist überzeugt, daß ein besserer Friede hätte erreicht werden können, wenn die Regierung das Unannehmbar den Feinden gegenüber mit innerer Geschlossenheit und folgerichtig vertreten hätte. Wir fühlen das furchtbar Schwere der Entscheidung. **Dieser Friede ist nach der einmütigen Ueberzeugung der Fraktion unerträglich und unerfüllbar.** Er ist und bleibt nach der Ansicht **einer übergroßen Mehrheit unannehmbar.** Deswegen scheiden wir aus der Regierung aus, und es kann bei dieser Sachlage kein Mitglied unserer Fraktion in die neue Regierung eintreten. Die bisherige Koalition hat ihre dringendsten Aufgaben erfüllt. Sie hat in den gefahrvollen Monaten nach dem Zusammenbruch der Regierung, wie der Volksvertretung überhaupt, erst die Arbeitsmöglichkeit im Innern und die Verhandlungsfreiheit nach außen hin gegeben. Sie hat das Verfassungswerk bis zum sicheren Abschluß gefördert. Sie hat die Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern geschaffen. Die weiteren Aufgaben, die sich die bisherige Regierungsmehrheit gestellt hat, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen unserer Grundsätze sind wir auch in Zukunft bereit. Opposition schlechthin liegt uns fern. Dem Aufbau des neuen Deutschland, der durch diesen Frieden unendlich erschwert wird, soll unsere ganze Kraft gehören. Nach wie vor sehen wir die einzige Grundlage für die Wiedererstarkung Deutschlands in einer Demokratisierung, deren sozialer Geist allen Volksangehörigen das Bewußtsein der Gleichheit und Zugehörigkeit zu geben vermag. In diesem Geiste erstreben wir vor allem die Neubelebung der nationalen Würde und Geltung, die politische und soziale Gleichberechtigung, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses."

Die Unterzeichnungsgegner der Mehrheitspartei stimmen mit.

Weimar, 21. Juni.

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung haben folgende Erklärung erlassen:

„Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung sind wie die Gesamtheit der Fraktion überzeugt, daß die Annahme des von der Entente angebotenen Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich ist. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrages, um unsere Gegner, falls sie auf der Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihn selbst durchzuführen und sich dadurch am wirksamsten von der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Bekenntnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Würdigung der Motive, die für den Beschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abweichend von der Fraktion zu stimmen.

gez. Wolfgang Heine. Max Quarck. Adolf Braun. Georg Schoepflin. Voigt. Antonie Pfuelf. Klara Bohm-Schuch. Hans Vogel. Rich. Hierl. Th. Wolff. Hoffmann (Pfalz). Fischer (Berlin). Ad. Thiele. Th. Kotzur. **Otto Landsberg.**